



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914

Friedjung, Heinrich

Berlin, 1919-

Kriegsgefahr.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-76985](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-76985)

klärte es sich bereit, dem Wunsche der österreichischen Regierung insofern Rechnung zu tragen, daß auf der Konferenz der vollendeten Tatsache der Annexion ohne Beratung zugestimmt werden solle; die Erörterung darüber zwischen den einzelnen Kabinetten könne vorher stattfinden. Was wollte Lehrenthal Besseres verlangen? In ähnlichen Wendungen bewegte sich die von Iswolskij am 25. Dezember in der Duma gehaltene Rede; nur erteilte er darin den Balkanstaaten den Rat, sich zu einem Bunde zusammenzuschließen. Das lag nun noch im Schoße der Zukunft, im wesentlichen aber leitete der russische Minister mit seiner Rede den Rückzug aus seinem unglücklichen Feldzuge ein. Er konnte sich eben den Folgen der vom Juni bis zum September mit Lehrenthal gepflogenen Unterhandlungen nicht entziehen. Mochte er auch mit Händen und Füßen um sich schlagen, er saß nun einmal in der Falle.

*

K r i e g s g e f a h r

U n t e r allen Großmächten war England jetzt die einzige, die nicht locker ließ: sie verfolgte Osterreich-Ungarn mit der Zähigkeit einer Bulldogge. Nicht daß die verantwortlichen Minister einen Krieg entfesseln wollten, dessen Schrecken mit der Geringsfügigkeit des Unlusses in keinem Verhältnisse gestanden hätten; sie wollten jedoch dem Wiener Kabinette zeigen, daß England ihm mehr schaden als Deutschland nützen könne; auf der Konferenz sollte ihm eine Demütigung bereitet werden. Hierzu war nun freilich zunächst der Sturz Lehrenthals erforderlich, der davon überzeugt war, daß nicht bloß der Zar, sondern auch Eduard VII. darauf hinarbeiteten; der König, so behauptete er, habe schon einen Nachfolger für ihn bereit, den Botschafter in London, Grafen Albert Mensdorff, dessen Vater von mütterlicher Seite ein Vetter der Königin Viktoria gewesen war. Dieser persönliche Kampf war jedoch Nebensache; für England bestand der Hauptgewinn in der bitteren Verfeindung Rußlands mit Osterreich-Ungarn, in Folge deren sich das Petersburger Kabinett endgültig von Mitteleuropa ab- und den Randmächten zuwandte. Die Zerrissenheit des Festlandes ist die Voraussetzung der britischen Seeherrschaft; die Übermacht zur See

konnte und kann nur behauptet werden, wenn die großen Landmächte untereinander im Hader liegen. Diesen Zwiespalt zu vertiefen, wird immer das Hauptziel der britischen Politik sein, und darauf arbeiteten Grey und Hardinge hin, ebenso wie Eduard VII., der König, bereits mit Hinblick auf den ihm unvermeidlich scheinenden Krieg.

Zu dieser Zeit soll Eduard VII. den Ausspruch getan haben: „Wir haben schöne Bundesgenossen, Frankreich will und Rußland kann keinen Krieg führen.“ Ein beglaubigtes Zeugnis für die Absichten der Kriegspartei liegt aber in der Rede vor, die Winston Churchill am 11. September 1914 in einer Massenversammlung zu London hielt. Damals ermahnte er seine Landsleute, im Kampfe gegen Deutschland auszuhalten, ohne mit der Wimper zu zucken; denn das sei der große Krieg, der bereits zur Zeit der bosnischen Annexion zu führen war, „wenn sich Rußland damals nicht so weit erniedrigt hätte, den deutschen Drohungen nachzugeben.“

Bedächtiger faßte Grey 1908 die Sache auf; ihm war es mehr um einen diplomatischen Sieg über Osterreich-Ungarn zu tun, um Verstärkung auch des auf Mitteleuropa geübten Druckes. Darauf zielten seine in Belgrad und Konstantinopel gegebenen Ratschläge. Den Serben wurde jede diplomatische Unterstützung zuteil, so daß sie vornehmlich auf England rechneten, um auf der Konferenz einen Landgewinn einzuheimen; doch erhielten sie den Wink, nicht zur Entscheidung mit den Waffen hinzuarbeiten, und Großbritannien beteiligte sich amtlich an den von Deutschland vorgeschlagenen Schritten der Großmächte, um Serbien zur Einstellung seiner Rüstungen zu bestimmen. Die Pforte wieder wurde ermuntert, ihre Zustimmung zur Annexion nur gegen ein gutes Stück Geldes zu erteilen. Darauf berief sich der Großwesir bei der Verhandlung mit Osterreich-Ungarn; die Pforte für sich, so sagte er zum österreichisch-ungarischen Vertreter, würde sich ins Unvermeidliche fügen, England aber rate ihr, eine Geldentschädigung zu verlangen. Diese neue Liebeshwürdigkeit Albions kostete der Donaumonarchie ein Stück Geldes. Zwar verweigerte das Wiener Kabinett eine Zahlung aus dem Titel der Anerkennung der Annexion, indessen willigte es, was an der Sache selbst nichts änderte, schließlich ein, der Pforte den mohammedanischen Kirchenbesitz in Bosnien, den Wakuf, abzulösen, wofür 56000000 Franken entrichtet wurden. Die Unterhandlung ging zähe von statten, was deshalb unangenehm war, weil unterdessen der Boykott gegen die Einfuhren aus Osterreich und Ungarn

fortdauerte. Endlich wurde zwischen Wien und Konstantinopel am 26. Februar 1909 abgeschlossen; die verwickelten wirtschaftlichen Fragen waren in dem Vertrage gelöst und die Annexion in aller Form anerkannt. Mit demselben Tage hörte der Boykott auf.

Wohl standen noch Serbien und Montenegro unter Waffen und zum Einfall bereit, noch war auch die Konferenz zu überstehen, in dessen atmete man in Wien auf. So oft im Laufe des Winters die Kunde neuer Herausforderungen aus dem Süden eintraf und Lehrenthal gefragt wurde, wie lange sich die Monarchie das wüste Treiben werde gefallen lassen, erwiderte er: „Nur Geduld, zuerst schließen wir mit der Pforte ab, dann werden wir Serbien züchtigen!“

Es war arg genug, was sich der kleine Nachbar herausnahm. Kurz nach Neujahr beriet die Skupschtina wieder über die Annexion, und Protic, der Führer der altradikalen Partei, erklärte (vgl. Band II, S. 188) rundweg: „Zwischen uns und Österreich-Ungarn kann es nur dann Frieden und gute Nachbarschaft geben, wenn Österreich-Ungarn darauf verzichtet, eine Großmacht zu sein, wenn es sich entschließt, die Rolle einer östlichen Schweiz anzunehmen.“

Noch viel wichtiger war, daß der russische Minister des Auseren die großserbische Forderung aufstellte, Österreich-Ungarn müsse aus der Balkanhalbinsel geworfen werden. Milobanovic galt für einen der gemäßigtesten Politiker Serbiens, aber auch er sagte: „Man kam auf die unglückselige Idee, Österreich-Ungarn in die Balkanhalbinsel einzubeziehen... Was man vor dreißig Jahren auf dem Berliner Kongreß als Argument für die Okkupation... vorbrachte, daß nämlich auf diese Weise das Vordringen Rußlands verhindert, der Balkan aber Österreich-Ungarns Kultur eröffnet werde, erscheint heute als bitterste Ironie. Denn die Freiheit, welche die Balkanvölker von 1812 bis 1876 erlangten, erhielten sie durch Rußland, während Österreich-Ungarns erster Schritt auf dem Balkan darin besteht, daß es das Volk zweier serbischer Länder zu Sklaven macht (Zarobiti). Den Balkanvölkern droht nun von Österreich-Ungarn Gefahr, und das Gleichgewicht muß gegen Österreich-Ungarn verteidigt werden... Österreich-Ungarn muß aufhören, ein Balkanstaat zu werden¹⁾.“

Das war zwar keine unmittelbare Kriegserklärung, wohl aber die Ankündigung, Serbien werde nicht ruhen, bis die Österreicher aus

¹⁾ Die angeführten Stellen nach T. v. Sosnosty, „Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns“, II, S. 204.

Bosnien und der Herzegowina eigentlich vertrieben seien. Gleich damals erwartete man als Antwort den Einmarsch der kaiserlichen Truppen in Serbien; aber das Wiener Kabinett hielt noch an sich und sein Gesandter in Belgrad, Graf Forgach, erhielt den Auftrag, Aufklärungen bloß über den Ausdruck zu verlangen, daß Österreich-Ungarn Bosnien und die Herzegowina zu Sklaven mache. Milobanović wich zurück und behauptete, das Wort „zarobiti“ sei nicht im Sinne von „unterjochen“, „zu Sklaven machen“, sondern bloß von „zu eigen machen“, „untertan machen“ gebraucht. So ging es in den nächsten Wochen weiter, die Sprache der Presse und der Abgeordneten Serbiens wurde immer heftiger. Am 23. Februar fand in Belgrad ein Ministerwechsel statt, durch den jedoch die Stellung des Ministers des Aeußeren nicht berührt wurde. Der neue Kabinettschef Novaković führte sich durch ein Gespräch mit dem Mitarbeiter des „Matin“ ein, der darüber berichtete: die Regierung Serbiens werde, wenn auch zwei Drittel des serbo-kroatischen Volkes dem Hause Habsburg unterworfen seien, es zu verhindern wissen, daß auch das letzte Drittel von Österreich aufgesaugt werde. Zu gleicher Zeit bewilligte die Skupschtina neue Beträge für Rüstungen und alle am Königsmorde von 1903 beteiligten Offiziere wurden wieder in die Armee eingereiht. Das geschah entgegen den dem Londoner Kabinett gemachten Zusagen, aber man hörte nichts davon, daß König Eduard darüber noch dieselbe sittliche Entrüstung empfand wie früher.

Unmöglich konnte eine Großmacht dies alles ruhig hinnehmen. Sollte Österreich-Ungarn Gewehr bei Fuß warten, bis Serbien Losschlag oder aber sich die Sache anders überlegte? Indessen, so schwer auch das Wiener Kabinett gereizt war, es erklärte sich doch zunächst einverstanden, daß die deutsche und die französische Regierung, deren Zusammenwirken sich aus dem über Marokko erzielten Ausgleich ergab, einen Versuch zur Vermittlung machen sollten. In Berlin vereinbarte Staatssekretär Riederlen-Wächter am 28. Februar mit dem Botschafter Jules Cambon eine Formel, welche Serbien unter Anerkennung der Annexion einen Ausweg eröffnete. Unglücklicherweise versagte jedoch das Petersburger Kabinett seine Zustimmung, so daß Serbien unter Waffen blieb und ein Losbruch zu befürchten stand¹⁾.

¹⁾ Dies und das folgende nach dem österreichisch-ungarischen Rotbuche: „Diplomatische Aktenstücke betreffend Bosnien und die Herzegowina, Oktober 1908 bis Juni 1909“, Wien 1909. Vgl. auch B. Molden, „Alois Graf Lehrenthal“, Stuttgart, und neuestens

In Wien drängten die Generäle zum Handeln, in erster Linie Freiherr von Conrad, der die Pläne zum Los schlagen fertiggestellt hatte. Nach seiner Ansicht war die Abrechnung mit Serbien unvermeidlich und der damalige Zeitpunkt günstiger als voraussichtlich ein späterer. Da von der Belgrader Regierung die Losreißung von Teilen der Monarchie als Programm angenommen war, so müsse es früher oder später zum Kriege kommen; es empfehle sich aber, den Handschuh aufzunehmen, bevor Rußland sich von seinen Niederlagen in der Mandschurei erholt hätte. Je länger man zögere, desto schwieriger gestalte sich die Lage; denn der Feind werde mit jedem Tage stärker, während die Mittelreiche auf der Höhe ihrer Machtentfaltung stünden.

Das war jedoch nicht die Ansicht Lehrenthals. blieb Serbien auch weiter hartnäckig, dann allerdings stimmte auch der Minister des Aeußeren für den Krieg, und er so furchtlos wie einer. Indessen zog er die friedliche Lösung vor, wenn auch nur unter der Bedingung, daß die zwei südslawischen Staaten sofort abrüsteten und in der bosnischen Sache nachgaben. Er zweifelte zwar nicht an dem Gelingen einer militärischen Unternehmung, und auch er war überzeugt, daß Rußland in diesem Zeitpunkte den Krieg nicht erklären werde. Es war jedoch sicher, daß, wenn Serbien von den kaiserlichen Truppen besetzt und zum Vasallen herabgedrückt war, Rußland sofort mit seinen Rüstungen beginnen und den Entscheidungskampf zu der ihm gelegenen Zeit herbeiführen werde. Vielleicht schon in zwei Jahren, vielleicht später; dann mußte sich Osterreich-Ungarn auf den Ausbruch eines allgemeinen europäischen Krieges gefaßt machen. Dieses Furchtbare abzuwenden, lag dem Kaiser Franz Josef am Herzen, und sein Minister stimmte ihm zu. Sie waren in diesem Punkte auch mit dem Thronfolger einverstanden, der sonst mit seinem kaiserlichen Oheim in vielen anderen Dingen, besonders wegen der zaghaften Behandlung Ungarns, nicht übereinstimmte. Erzherzog Franz Ferdinand war zwar bereit, in einem gegen Serbien zu führenden, unvermeidlichen Kriege den Oberbefehl zu übernehmen, wünschte aber im Hinblick auf Rußland dessen Abwendung. Denn er vertrat seit jeher die Ansicht, nicht das Zarenreich sei Osterreich-Ungarns Hauptgegner, sondern Italien. Der Streit mit Rußland lasse sich schlichten, Italien aber greife, indem es sich die Eroberung

V. v. Siebert, *Diplomatische Aktenstücke*, S. 76 ff., wo S. 79 f. die französisch-deutsche Formel abgedruckt ist. Iswolskij war der Ansicht, daß dieselbe in Wien redigiert worden sei. Ebenda, S. 80.

Triest und die Herrschaft über die Adria zum Ziele sehe, der Donaumonarchie ans Herz. So kam man in Wien zu dem Entschlusse, Serbien sei durch das Aufgebot militärischer Macht vor die Wahl zu stellen, sich zu beugen oder des Krieges gewärtig zu sein; immer mit dem leitenden Gedanken, der Monarchie sei ein ehrenvoller Frieden willkommener als der Krieg¹⁾.

Darnach stellte die österreichisch-ungarische Regierung anfangs März 1909 ihre Forderungen. Sie eröffnete den Großmächten, sie verlange nichts mehr, als daß sich Serbien deren Entscheidung unterwerfe. Damit war dem kleinen Staat die Demütigung erspart, denn was Europa für recht fand, mußte auch ihm billig sein. Die Abgabe der Erklärung des Belgrader Kabinettes habe jedenfalls auch in Wien zu erfolgen; aber sein Geschick habe die serbische Regierung nicht etwa Osterreich-Ungarn, sondern den Großmächten anzuvertrauen. Wieder waren es die Einflüsterungen Iswolffs, die Serbien vom Einlenken abhielten. Am 10. März lehnte Serbien jede Unterhandlung mit dem Wiener Kabinett, also auch die verlangte Erklärung, ab; denn, so hieß es in der Antwort, Bosnien sei eine Angelegenheit, die nicht zwischen Wien und Belgrad schwebe, sondern ganz Europa angehe. Die wahre Bedeutung dieses Spieles mit Worten zeigte sich darin, daß Serbien am 13. März auch sein zweites und drittes Aufgebot zu den Waffen rief. Nun mußte Osterreich-Ungarn auch vollen Ernst zeigen. Somit wurde zwar noch keine vollständige Mobilisierung von Truppenkörpern angeordnet, aber zu den südlichen Korps der Armee wurden so viele Mannschaften eingezogen, daß in der zweiten Hälfte des März eine genügende Streitmacht zum Einmarsch in Serbien bereit war. Auch gingen österreichische Sendboten zu den albanischen Stämmen und stellten Geld und 20 000 Gewehre in Aussicht, um Montenegro von Süden her in Schach zu halten. Gleichzeitig wiederholte Serbien wie auch Montenegro von Kriegsgeschrei. Die zwei

¹⁾ Nach dem Tode des Erzherzogs Franz Ferdinand äußerte sich der frühere bulgarische Ministerpräsident Danew in dem Sofioter Blatte „Trgowinski Wjestnik“ über eine Unterredung, die er seinerzeit mit dem Erzherzog hatte. Erzherzog Franz Ferdinand sagte: „Die Serben stellen mich als ihren größten Feind dar. Das ist aber keinesfalls der Wahrheit entsprechend. Zum Beweise will ich Ihnen nur sagen, daß zur Zeit, als die bosnische Krise ihren Höhepunkt erreichte hatte und alles gegen Serbien schlagfertig war, ich fast der einzige gewesen bin, der gegen ein kriegerisches Einschreiten sein Veto erhob. Demnach hätte Serbien es fast mir nur allein zu verdanken, daß es nicht zugrunde gerichtet wurde.“ So nach dem Berichte des „Neuen Wiener Tagblatt“ vom 9. Juli 1914.

südslawischen Staaten waren noch immer überzeugt, England und Rußland würden sie nicht im Stiche lassen und ihnen auf der Konferenz einen Gebietszuwachs verschaffen. Serbien insbesondere hoffte auf Kosten Osterreich-Ungarns einen Zugang zum Adriatischen Meere. Osterreich-Ungarn, so nahm man in Belgrad an, könne es schon im Hinblick auf seine slawischen Völkerschaften nicht auf einen Waffengang ankommen lassen. Die Unruhen in Prag und in Laibach bestärkten den König und seine Minister in dieser Annahme; sie rechneten mit der Gebrechlichkeit im Organismus der Nachbarmonarchie. Dies aber war eine Täuschung, wie Vertreter der fremden Mächte übereinstimmend aus Wien meldeten. Der französische Botschafter Crozier berichtete nach Paris über ein Gespräch, das er während eines großen Empfanges bei Kaiser Franz Josef mit einem der ersten Hofwürdenträger gehabt hatte. Auf die Frage des französischen Botschafters nach dem Stande der Dinge sagte ihm, auf den Kaiser hinweisend, sein Gewährsmann; dieser sehe gewiß nicht so aus, wie ein den Krieg herbeiwünschender Monarch; wenn aber Serbien seine Herausforderungen fortsetze, werde Franz Josef die Kriegserklärung mit derselben Ruhe unterschreiben wie die Ernennung eines Leutnants.

*

S i e g d e s W i e n e r K a b i n e t t s

Erst jetzt kam Iswolstij zum vollen Bewußtsein der Gefahren der Lage. Er war, da das Wiener Kabinett durch fünf Monate so vieles erduldet hatte, von der Annahme ausgegangen, der 78 jährige Kaiser von Osterreich werde lieber einlenken, als es aufs Außerste ankommen lassen. Nun aber konnte jeder Tag den Einmarsch der Oesterreicher in Belgrad bringen. Dieser Aussicht sah die russische Regierung mit Schrecken entgegen. Denn dann mußte sie, ungerüstet wie Rußland war, das von ihr vorgeschobene und in den letzten Wochen ermutigte Serbien seinem Schicksal überlassen, was für das Zarenreich eine Demütigung gewesen wäre. Erschien Osterreich-Ungarn mit einem Heere in der Mitte der Balkanhalbinsel, so konnte es nur durch einen späte-